



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

10. Januar 2023

**Bundesregierung bleibt weitgehend Antworten zur Verbesserung
der psychotherapeutischen Versorgung schuldig /**

***Bedarf an zusätzlichen Psychotherapeut*innen-Sitzen / Stöcker
fordert Runden Tisch zur Verbesserung der Versorgungslage /***

In ihrer Antwort (BT-Drs. Nr. 20/5106) auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (BT-Drs. Nr. 20/4827) bleibt die Bundesregierung in weiten Teilen Antworten, wie sie die psychotherapeutische Versorgung verbessern möchte, schuldig.

Diana Stöcker (CDU) MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages und Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Psychotherapie und Psychiatrie, kritisiert die Antwort der Bundesregierung hinsichtlich einiger Gesichtspunkte, z.B. bezüglich der Wartezeiten: „Die Bundesregierung zitiert die fragwürdige Umfrage vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen anstatt das Problem der langen Wartezeiten auf einen psychotherapeutischen Behandlungsplatz anzuerkennen. Diese Daten sind nachweislich falsch! Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Bundesregierung diese Falschmeldung weiterverbreitet, die auf einer methodisch fragwürdigen Umfrage basiert, die bereits von der

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) vehement kritisiert wurde. Die BPtK hat auf Basis der Abrechnungsdaten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung errechnet, dass Versicherte durchschnittlich 142 Tage auf eine psychotherapeutische Behandlung warten.“

Stöcker betont darüber hinaus, dass eine Erhöhung der Anzahl an Psychotherapeut*innen per se nichts darüber aussagt, wie die konkrete Versorgungssituation vor Ort aussieht bzw. wie viele Termine vergeben werden. Besonders problematisch an der Antwort der Bundesregierung ist die mangelnde Differenzierung zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Obwohl sich die Häufigkeit psychischer Erkrankungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen kaum unterscheiden, gibt die Bedarfsplanung für Regionen außerhalb von Großstädten eine deutlich geringere Psychotherapeutendichte vor. Daraus leitet Stöcker die Frage ab: „Warum wird die Psychotherapeutendichte außerhalb von Ballungsräumen nicht an die der Großstädte angeglichen? Es ist den Menschen im ländlichen Raum nicht vermittelbar, warum sie in der Bedarfsplanung systematisch benachteiligt werden.“

Problematisch ist nach Auffassung von Diana Stöcker die Aussage der Bundesregierung, wonach eine unmittelbare Wohnortnähe der Praxen keine Relevanz hat. „Entfernung stellt eine Hürde im Zugang zur Versorgung dar. Vor allem für Kinder und Jugendliche, ältere Menschen und sozial benachteiligte Menschen ist eine wohnortnahe

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

Versorgung essenziell. Dies sollte von der Bundesregierung auch mit Blick auf die Symptomatik einer psychischen Erkrankung, die es für Patient*innen oft erschwert, lange Anfahrtswege, die oftmals auch nicht von den gesetzlichen Krankenkassen getragen werden, zu bewältigen, nicht einfach beiseite gewischt werden," so Stöcker.

Stöcker betont: „Wir brauchen nicht nur neue Sonderbedarfszulassungen und Ermächtigungen, sondern explizit zusätzliche Psychotherapeut*innen-Sitze. Notwendig ist eine Reform der Bedarfsplanungs-Richtlinie. Die betroffenen Menschen warten auf die von der Ampel-Regierung im Koalitionsvertrag angekündigten Reformen. Es bleibt zu hoffen, dass diese zeitnah erfolgen. Es darf nicht bei Ankündigungen bleiben. Es braucht die Umsetzung.“

Stöcker kritisiert auch, dass der Bundesregierung keine validen Erkenntnisse darüber vorliegen, wie viele Frühverrentungen und Berufsunfähigkeiten aus psychosomatischen Hintergründen entstehen. Hier existieren offensichtlich ein Erkenntnisproblem und ein Bedarf an neuen Studien. Gerade im Hinblick auf Erhalt der Arbeitskraft und dem aufgrund der demografischen Entwicklung sich zuspitzenden Fachkräfteproblem ist es wichtig, zu wissen, wie sich psychische und psychosomatische Erkrankungen auf Frühverrentung und Berufsunfähigkeit auswirken, um entsprechend Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

Stöcker fordert abschließend einen Runden Tisch zur Zukunft der psychotherapeutischen Versorgungslange mit allen relevanten Akteuren und mit dem Ziel, die Versorgungssituation vor Ort zu bessern. Ein Runder Tisch sollte auch dazu beitragen, die bestehenden Angebote im psychosozialen Bereich mit dem ambulanten und stationären Bereich besser miteinander zu verknüpfen.

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung